

1. Ausgabe.

Der geplante Verkauf des Gebäudes des Ministeriums des Innern.
Der Stadtsenat hatte neuerlich Veranlassung, sich mit der schon wiederholt behandelten Angelegenheit des Gebäudes des ehemaligen Ministeriums des Innern in der Wipplingerstrasse zu befassen. Wie bekannt strebt die tschechoslovakische Regierung mit allem Nachdruck dahin, in den Besitz dieses Bauwerkes, das von Fischer von Erlach herrührt und zu den hervorragendsten Kunstobjekten der Stadt zählt, zu gelangen. Der Grund dürfte wohl darin gelegen sein, dass einstmals die böhmische Hofkanzlei in diesem Palast residierte und die tschechoslovakische Regierung nun ihre Vertretung in diesem Gebäude untergebracht wissen will. Der Stadtsenat hat sich schon einmal gegen jeden Verkauf ausgesprochen und es abgelehnt, wie von ihm verlangt wurde, bauliche Bedingungen zu formulieren. Derartige Festsetzungen würden überdies, da das Gebäude dem oeterritorial wäre, wohl eine geringe Wirkung üben und eine Umgestaltung der Innenräume, denen gleichfalls ein hoher künstlerischer Wert zukommt nicht verhindern.

Eine neuerliche eiteme des Staatsrates für Handel und Gewerbe eingelangte Zuschrift, in der abermals die Förderung erhoben wurde, gelegentlich der Verkaufsverhandlungen die Bedingungen des Stadthauses bekanntzugeben, war der Anlass, dass sich der Stadtsenat wieder mit dieser Frage beschäftigte. StR. Siegel erstattete einen eingehenden Bericht und stellte den Antrag, es möge nochmals zum Ausdruck gebracht werden, dass die Gemeinde gegen einen Verkauf überhaupt in schärfster Weise Einspruch erhebe und in einer Verkäuserung eine sehr schwere Schädigung der Stadt erblicke. Dieser Antrag, der auch die volle Zustimmung der Minderheit fand, wurde einhellig zum Beschluss erhoben.

Bemerkenswert ist, dass die Verkaufssumme für diesen Monumentalbau einschliesslich der kostbaren Inneneinrichtung rund 36 Millionen österreichische Kronen betragen soll, während beispielsweise heute die Errichtung einer Volksschule rein als Bau genommen 40 Millionen Kronen erfordert. Es müsste aber natürlich auch für die Unterbringung des Staatsrates für Inneres gesorgt werden und wären auch die sonst notwendigen Einrichtungen zu beschaffen, wenn nach dem heutigen Preisverhältnissen der gesamte Kaufschilling sich als unzureichend erweisen würde. Die Gemeinde Wien hat bereits in ihrer ersten Erklärung die

Bereitswilligkeit ausgesprochen selbst ein materielles Opfer nicht zurückzusehen, um das Bauwerk nicht in fremde Hände übergehen zu lassen.

Pferdefleisch für Mädestbemittelte. In der 147. Aktionswoche erhalten die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch gepökeltes, ausgeleitetes Pferdefleisch pro Person 1/4 kg zum Preise von 9 K gegen Abtrennung des Buchstaben F in den Geschäften der Grossschlächtereien am 19., 21., 23. und 25. August. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird gleichfalls Pferdefleisch abgegeben.

Nr 269.

2. Ausgabe.Erhöhung der Verpflegskosten für magistratische Kostkinder.

Ueber Verschlag des amtsführenden Stadtrates Winter hat am 12. der geschäftsführende Vizebürgermeister Bemerling genehmigt, dass von nun an die Verpflegsgelder für magistratische Kostkinder bedeutend erhöht werden. Bisher wurden für Säuglinge und Kleinkinder Kostgelder bis zu 90 K gezahlt, für grössere Kinder bis zu 60 K. Nun wird es möglich sein, für Kinder, die auf dem Lande untergebracht sind, bis zu 180 und 240 K geben zu können und für Kinder, die in Wien untergebracht sind in Ausnahmefällen sogar bis zu 200 und 300 K. In dem Beschluss ist auch ausgesprochen, dass der Magistrat für Kinder bis zum 10. Lebensjahre Kostplätze auf dem Lande verliehen soll. Anstalten sollen nur dort ergänzend wirken, wo der Familie die Möglichkeiten fehlen, Kinder aufzuziehen, also bei allen irgendwie abnormen Kindern, die einer besonderen Pflege bedürfen, dass sie die Familie nicht leisten kann. In allen anderen Fällen aber soll die Anstaltsziehung vermieden werden. Kostmütter wollen sich in der Abteilung 8 des Wiener Magistrates oder bei den Bezirksjugendämtern melden.

35.000 Kronen tägliches Ersparnis.

In der Sitzung des Stadtsenates vom 27. Juli wurde vom Bürgermeister ein Bericht zur Kenntnis gebracht, der sich auf das vielerörtliche Fernheizwerk im Jubiläumsspital bezieht. Gelegentlich der in Dutzende von Millionen gehenden Ueberschreitungen wurden - wie innerlich - im Gemeinderat die baulichen und administrativen Missetände im Jubiläumsspital ausführlich dargelegt und im Zusammenhang damit Generalstabsarzt Dr. Franz Pisk zur wirtschaftlichen Reorganisation der städtischen Humanitätsanstalten bestellt. Sein erster Antrag ging dahin, das Fernheizwerk, das nun und für sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum wo-

gestaltet werden kann, doch wenigstens für den Nachtbetrieb auszuschalten und eine neue Ersatzheizung zu installieren. Diese Einrichtungen wurden in einem abgekürzten Verfahren tatsächlich geschaffen, die Untrusentwannen in den Operationssälen umgebaut und auch bei den Wasserbetten die nötigen Verkehungen getroffen. Zur Benützung in den kälteren Nächten werden in Operations- und Behandlungsräumen noch Gasöfen zur Aufstellung gelangen. In der Nacht vom 12. zum 13. Juli wurde die Dampfheizung zum ersten Male abgestellt. Der Brennstoffverbrauch innerhalb 24 Stunden, welcher früher 19.000 bis 20.000 kg betrug, wurde zuerst auf 9.000 kg und in den letzten Tagen auf 7.000 kg vermindert, was also einem durchschnittlichen Tagesersparnis von 12.500 kg Brennstoff entspricht. Unter Zugrundelegung eines Mischungsverhältnisses von einem Teil Kohle zu einem Teil Koks ergibt sich bei einem Preis von 3.50 K für 6.250 kg Koks und 2 K für 6.250 kg Kohle ein Minderaufwand von 34.375 Kronen, wozu noch der Wegfall des Zufuhrlohnens mit 600 K, der Entfall des Schlackenabtransportes mit 450 K kommt. Durch die Betriebseinstellung ergibt sich ferner ein geringerer Strohverbrauch bei der automatischen Heestaalage von 250 K, insgesamt also eine verminderte Ausgabe von 35.675 K, dem ein Gasocherverbrauch von 215 K gegenübersteht. Das Nettoersparnis ist also 35.460 K täglich. Diese Brennstoffersparnisse werden voraussichtlich auch in den Wintermonaten in vollem Ausmasse aufrecht erhalten werden können, da es sich nur um Brauchdampf handelt, für den auch im Winter kein höherer Bedarf eintritt. Neben diesem Ersparnis an Geld ist naturgemäss auch die Tatsache, dass auf diese Art etwa 360 Wagen Kohle für industrielle Zwecke zur Verfügung stehen, von ausserordentlicher Bedeutung. Es werden sämtliche Zweige der städtischen Verwaltung einer systematischen Prüfung unterzogen, um, wo immer es nur möglich ist, Ersparungen zu erzielen.

Kleingartenausstellung. Am 11. und 12. September findet in Wiener Rathaus die zweite Kleingartenausstellung statt. Anmeldungen hiefür werden von der Kleingartenstell übernommen. Schrebergärtner haben Anmeldungen ihren Vereinsvorstäntern zu übermitteln. Firmen melden direkt bei der Kleingartenstelle I, Kaiser Wilhelmring 8 am Schluss der Anmeldungen 25. August.

Angabe der Kindermilchkarten. Die von 29. ds. ungiltigen Milchkarten für Kinder bis zu 1 Jahre, von 1 bis zu 2 Jahren und von 2 bis zu 6 Jahren können von den Bezugberechtigten oder deren Beauftragten vom 23. ds. an bei der zuständigen Erstkommision gegen Vorweisung der bisherigen Kindermilchkarte, eines Perso-

Malakmenzen des Haushaltungsverstandes und dessen polizeilichem Kellereistiel haben werden. Die Willkürten für Kinder von 6 bis 14 Jahren werden mit dem anderen Lebensmittelskatten am 11. September ausgegeben.